

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonnabend.

Inserate:
Für den Raum
einer
Kleinstadt. Zelle
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 M. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annoncen-Aannahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Auction.

In dem früher dem Bauunternehmer Schäfer gehörig gewesenen Wohnhaus in Schönheide sollen

Montag, den 12. Februar 1877,

von 10 Uhr Vormittags an

ein vollständiges Meublement, Haus- und Küchengeräthe, Betten, Wäsche u. s. w. u. s. w. an die Meistbietenden gegen sofortige Bezahlung in kassenmäßigen Münzsorten versteigert werden.

Eibenstock, den 3. Februar 1877.

Königliches Gerichtsamt.
Landrod.

Tagesgeschichte.

— Aus Berlin schreibt die „Allg. Corr.“ bezüglich der Errichtung des Reichsgerichts: In Berlin soll nach den Absichten der Reichsregierung der höchste deutsche Gerichtshof seinen Sitz haben. Es wird darüber aus officiöser Quelle berichtet. Die beschleunigte Entscheidung über den Sitz des Reichsgerichts ist dringend, schon weil die baulichen Vorbereitungen, welche nothwendig vorangehen müssen, eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen werden und bis zum 1. October 1879, dem spätesten Termin für das Inslebensreten des neuen Gerichtshofs, nicht herzustellen sein würden, wenn die Feststellung des Orts nicht schon in der bevorstehenden Session des Reichstags erfolgte. Der Vorschlag, Berlin zum Sitz des Reichsgerichts zu erheben, wird durch verschiedene Gründe unterstützt. Zunächst eignet sich die Reichshauptstadt wegen ihrer geographischen Lage ziemlich im Mittelpunkt des Reiches am besten dazu; ferner sprechen dafür die reichen Hülfsmittel, welche diese Stadt den Mitgliedern des Gerichts materiell wie geistig bietet. Dazu tritt noch mit ausschlaggebender Bedeutung, daß Berlin die Residenzstadt des Kaisers ist, daß hier der Bundesrath und Reichstag residiren und überdies die höchsten Reichsbehörden ihren Sitz haben. Fast in allen größeren europäischen Staaten fällt der Sitz des höchsten Gerichts mit dem Sitz der Staatsregierung zusammen. Auch die Rücksichten auf die Zusammenfassung des Disziplinarkollegiums, des Bundesamts für das Heimathwesen und des Reichs-Eisenbahnamts, zu deren Bildung die Heranziehung richterlicher Beamten nöthig ist, sprechen für die Wahl Berlins. Aus allen diesen Erwägungen sowie im Hinblick darauf, daß mit der weiteren Entwicklung der Reichsinstitutionen sich immer mehr das Bedürfnis ergeben wird, in den Reichsbehörden auf die Mitwirkung von reichsrichterlichen Kräften zurückgreifen zu können, hat der Entwurf Berlin als Sitz des Reichsgerichts in Vorschlag gebracht. — Es wird darüber im Reichstage lebhafteste Debatten geben, weil man, wie sich schon bei Berathung der Justizgesetze herausgestellt hat, vielfach der Ansicht ist, daß an einem anderen Orte Deutschlands, als gerade am Sitz der Reichsregierung, der höchste Gerichtshof innerlich und äußerlich besser seine volle Unabhängigkeit zu wahren im Stande sei.

— Die Organe der Socialdemokraten haben nach Erledigung der sämtlichen Stichwahlen nunmehr selbst das Wort genommen über ihre eigenen Erfolge. So lesen wir im „Vorwärts“: „Die meisten Leute der Intelligenz und der Industrie haben durch Majoritäten oder colossale Minoritäten für den Socialismus Zeugniß abgelegt und die Bevölkerung hat fast überall die lebhafteste Empfänglichkeit für die Lehren des Socialismus bekundet. Mit einigen Ausnahmen, die in den wirtschaftlichen Zuständen begründet sind, hat der Socialismus überall Wurzel gefaßt, wo der Boden geschickt bearbeitet und guter Same ausgestreut wurde. Die Orte, in denen wir wenig oder gar keine Stimmen haben, sind fast ausnahmslos solche Orte, in denen wir bisher entweder aus Mangel an agitatorischen Kräften, oder weil man uns durch allerlei Kniffe, zum Theil durch offene Gewaltthat, die Abhaltung von Versammlungen, überhaupt die Agitation unmöglich machte, nicht vor das Volk hintreten konnten. Uns wie unseren Gegnern hat die letzte Wahl gezeigt, daß die socialistische Propaganda unüberwindlich und daß die Macht der für uns sprechenden Thatfachen weit größer ist, als die Macht der gegen uns ins Feld geführten Lügen.“ — Diese Worte, welche die Siegeszuversicht der Socialdemokraten laut verkünden, mögen eine ernste Mahnung sein für die Regierungen, wie für die reichsfreundlichen Parteien, alle ihre Kräfte und ihre Energie daran zu setzen, daß dem wei-

teren Vordringen der socialdemokratischen Fluth gewehrt wird, um nicht das Reich, den Staat und die Gesellschaft der Gefahr des Unterganges auszufsetzen. Mögen die Gegner der Socialdemokraten von den letzteren selbst lernen, mit welchen Mitteln am zweckmäßigsten zu operiren ist, um den eigenen Ideen zum Siege zu verhelfen. Nicht doctrinäre Prinzipien, nicht ängstliche Rücksichten auf die Wahlreglements, sondern energisches Vorgehen innerhalb der Schranken des Gesetzes, Vereinigung aller liberalen und conservativen Parteien, werden im Stande sein, Gesetz und Recht überall gegenüber der rohen Gewalt zur Geltung zu bringen, mit welcher die Socialdemokraten die bestehende Gesellschaft über den Haufen werfen wollen. Denn die socialistische Propaganda will nicht den Rechts- und Verfassungsstaat, sondern die Herrschaft der Arbeitsmassen über die gebildeten Elemente der Gesellschaft, das Proletariat in den Städten und auf dem Lande soll sich vereinigen zum Sturz des Bestehenden. Diesen Umsturzversuchen gegenüber gilt es, sich fest zu organisiren und die Staatsgewalt im Kampfe gegen die Revolution mit Kraft und Energie zu unterstützen. Nur dann werden die Versuche der irrefeleiteten Menge wirkungslos bleiben.

— Den 1875 zum Militärdienst Einberufenen wird bei guter Ausführung und fortgesetzter Pünktlichkeit im Dienst zum Herbst eine frühere Beurlaubung (zur Disposition oder Königsurlaub) zu statten kommen, da für diesen Herbst bei allen deutschen Armeecorps von großen Manövern abgesehen wird und nur kleine, sogenannte Brigademanoöver stattfinden sollen.

— Die Friedensverhandlungen der Pforte mit Serbien und Montenegro scheinen plötzlich auf Schwierigkeiten gestoßen zu sein, weil die Türkei Garantien dafür fordert, daß Serbien in Zukunft Ruhe hält. Ueber die Art dieser Garantien ist noch Nichts bekannt geworden, ja selbst der serbische Unterhändler scheint noch nicht im Stande gewesen zu sein sie zu ergründen; denn es heißt, er weigere sich in Specialverhandlungen einzutreten, bevor ihm von türkischer Seite nicht über jene geforderten Garantien bündige Erklärungen gegeben seien. England, Oesterreich und sogar Rußland sollen sich beim Fürsten Milan für den Abschluß des Friedens verwendet haben, offenbar fürchten diese nächstbetheiligten Mächte, daß die Türken, wenn die Verhandlungen scheitern, mit Serbien kurzen Proceß machen würden. In der That könnten einem Marsch der Truppen Abdul-Kerims nach der serbischen Hauptstadt Belgrad bedeutende Schwierigkeiten von der serbischen „Armee“ kaum mehr in den Weg gestellt werden. Würde aber Serbien von den Türken besetzt, so wäre das unmittelbar das Signal zum Ausbruch des großen Krieges und den scheint man immer noch einige Zeit hinzuziehen zu wollen. Die türkischen Rüstungen nehmen unterdeß den eifrigsten Fortgang, es soll sogar die Absicht Midhat-Paschas sein, bei Gelegenheit der gegenwärtigen Mobilisirung die allgemeine Wehrpflicht für die Türkei einzuführen.

Sächsische Nachrichten.

— Dresden, 3. Februar. Das „Dr. Journ.“ schreibt: „Die gestrige „National-Zeitung“ enthält in Nr. 55 folgende Notiz:

Dresden, 30. Januar. Unser Gesandter am Berliner Hof hat, wie von unterrichteter Seite berichtet wird, bereits wegen der höchst bedauerlichen, die sächsischen Regierungskreise verdächtigenden Darstellung der Wahlbewegung in Sachsen, zumal in Dresden, Verwahrung eingelegt und der Reichsregierung die beruhigende Versicherung ertheilt, daß die königlich sächsische Regierung Alles gethan, was in ihren Kräften gestanden, um der die innere Ruhe und Sicherheit des Staates bedrohenden socialdemokratischen Bewegung entgegen zu treten.